

N i e d e r s c h r i f t

über die 34. (865.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am Donnerstag, den 07. Februar 2019, 19.30 Uhr, im Sitzungszimmer des Rathauses

Es sind erschienen:

Ratsvorsitzender Rainer Adelmund
Stv. Bürgermeister Gert Kämper
Stv. Bürgermeister Jan Martin Janssen
Ratsherr Ingo Börgmann
Ratsherr Robin Kuper
Ratsherr Ron Piekarski
Ratsherr Kim Streitbürger
Ratsherr Sigurd Uecker
Ratsherr Jochen Voß

Es fehlt entschuldigt:

Ratsherr Olaf Sommer

Bürgermeister Uwe Garrels
Allgemeiner Vertreter Ralf Heimes
Protokollführerin Katja Heimes

Als Gast:

Kämmerin Cornelia Baller
Abteilungsleiter Inselbahn Jens Lühring

Zu Punkt 1 und 2: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Adelmund eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Punkt 3: Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge

Die Tagesordnung wurde im Vorfeld um die Punkte

**Punkt 22: Ausschreibung Brückenanlagen in Langeoog und Benser-siel
(s. Vorlage Nr. VO19-030)**

**Punkt 23: Verfahren zum Antrag auf öffentliche Ausschreibung der Verpachtung des Verkehrslandesplatzes auf Langeoog
(s. Vorlage Nr. VO19-031)**

**Punkt 24: Änderung des Ratsbeschlusses zur Festsetzung des Wahltermins für die Bürgermeisterwahl 2019
(s. Vorlage Nr. VO19-032)**

**Punkt 25: Neufestsetzung Termin für die Bürgermeisterwahl 2019
(s. Vorlage Nr. VO19-033)**

erweitert.

Die nachfolgenden Punkte verschieben sich entsprechend.

Der Punkt

Punkt 13: **Ausbildung künftiger Fahrer von Lösch- und Einsatzfahrzeugen der Freiwilligen Feuerwehr (s. Vorlage Nr. VO19-019)**

wurde im Verwaltungsausschuss beschlossen und wird daher von der Tagesordnung abgesetzt.

Der Punkt

Punkt 22: **Antrag Dr. Hübener auf Zuweisung von Räumlichkeiten im Schwimmbad und Gleichstellung mit den anderen Ärzten bei der Praxismiete (s. Vorlage Nr. VO19-029)**

wurde im Verwaltungsausschuss zunächst zur weiteren internen Beratung zurückgestellt und wird daher von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

Ratsvorsitzender Adelmund teilt mit, dass er unter Punkt 6 eine Erklärung des Rates bezüglich der am 21.12.2019 angekündigten Strafanzeige gegen den Bürgermeister und einen von den Ratsabgeordneten an den Bürgermeister übergebenen Fragenkatalog zu verschiedenen Themen verlesen wird. Im Text genannte Personen werde er mit XY nennen.

Zu Punkt 4: **Genehmigung der Niederschrift über die 33. (864.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am 21.12.2019**

Die Niederschrift über die 33. (864.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am 21.12.2018 wurde allen Ratsmitgliedern zugeleitet.

Die Niederschrift über die 33. (864.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am 21.12.2018 wird mit 9 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung genehmigt.

Zu Punkt 5: **Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses**

Entfällt.

Zu Punkt 6: **Einwohnerfragestunde zu den Beratungsgegenständen**

Adda Fischer:

Frau Fischer verweist auf den Punkt 17. Sie habe gehört, dass die Straße vor dem Neubau des Hotels „Sandburg“ um 75 cm angehoben werden soll und befürchtet bei Starkregen Nachteile für die tiefer liegende Kindertagesstätte. Sie fragt ob dies so richtig sei. Ferner möchte sie wissen, wann der Weg zur Promenade hinter dem Hotel wieder hergestellt werde. Hierfür gäbe es einen Ratsbeschluss.

Bürgermeister Garrels antwortet, dass über das Thema der Straßenerhöhung in der nachfolgenden Sitzung gesprochen werde. Es dürften selbstverständlich keine Nachteile für die Kindertagesstätte entstehen. Der Ratsbeschluss für den Dünenüberweg sei umzusetzen.

Rainer Adelmund, Ratsvorsitzender

Ratsvorsitzender Adelmund verliest eine Erklärung des Rates bezüglich der am 21.12.2019 angekündigten Strafanzeige gegen den Bürgermeister. Die Erklärung ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Rainer Adelmund, Ratsvorsitzender

Ratsvorsitzender Adelmund verliest einen Fragenkatalog der Ratsabgeordneten an den Hauptverwaltungsbeamten (Antrag auf Auskunft zur eigenen Unterrichtung an den Hauptverwaltungsbeamten gem. § 56 Satz 2 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG). Die darin genannten Personen werden mit XY vorgelesen. Die Antworten des Bürgermeisters werden bis zum 19.02.2019 erwartet. Bürgermeister Garrels habe die Beantwortung bis dahin zugesagt.

**Zu Punkt 7: Bauleitplanung der Inselgemeinde Langeoog
1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 20 „Wohngebiet mit Ferienwohnen am Wald“
(s. Vorlage Nr. VO19-003)**

Der Rat beschließt einstimmig dem Entwurf der textlichen Festsetzung zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 20 „Wohngebiet mit Ferienwohnen am Wald“ mit der Begründung zuzustimmen und die Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Absatz 2 BauGB sowie parallel die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Absatz 2 BauGB durchzuführen.

**Zu Punkt 8: Bauleitplanung der Inselgemeinde Langeoog
1. Änderung des Bebauungsplanes F „Erholungsgebiet der freien Wohlfahrtsverbände“ (Wohnen an der Katholischen Kirche)
(s. Vorlage Nr. VO19-004)**

Ratsherr Kuper möchte wissen, ob bereits abgefragt wurde, zu welchem Preis die Gemeinde die Grundstücke veräußern könne. Ansonsten sollte dies jetzt erfolgen um das Gelände schnellstmöglich zur Bebauung freigegeben zu können.

Allgemeiner Vertreter Heimes teilt mit, dass bereits vor einigen Jahren ein Gutachten zur Wertermittlung beantragt wurde. Soweit dies vom Rat akzeptiert werde, könnte der Preis anhand des Gutachtens mit den aktuellen Werten hochgerechnet werden.

Ratsherr Kuper äußert, dass einer zeitnahen Verwertung somit nichts entgegen stehe.

Der Rat beschließt mit 9 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme

- dem Entwurf der textlichen Festsetzung zur 1. Änderung des Bebauungsplanes F „Erholungsgebiet der freien Wohlfahrtsverbände“ und der Begründung mit der Maßgabe zuzustimmen, dass die geplante Ausweisung der Gehwegparzelle entfällt und

das zu beplanende Gebiet sowohl für die Einzelhausgrundstücke als auch Doppelhausgrundstücke mit einer Grundflächenzahl von 0,35 und Geschossflächenzahl von 0,55 auszuweisen.

- und die Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Absatz 2 BauGB sowie parallel die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Absatz 2 BauGB durchzuführen.

**Zu Punkt 9: Weiteres Vorgehen Nachhaltigkeitskonzept
(s. Vorlage Nr. VO19-007)**

Der Rat beschließt einstimmig die Verwaltung mit der Erarbeitung der ersten Prozessschritte für ein auf Langeoog zugeschnittenes Konzept unter Bürgerbeteiligung zu beauftragen und den Rat im weiteren Verlauf des Verfahrens zu den einzelnen Themenpunkten zu beteiligen.

**Zu Punkt 10: Kooperationsvereinbarung zwischen der Ostfriesischen Inseln GmbH und der Nationalparkverwaltung / Info
(s. Vorlage Nr. VO19-008)**

Bürgermeister Garrels berichtet in diesen Zusammenhang über ein Treffen mit Herrn Minister Olaf Lies, der Nationalparkverwaltung und den Bürgermeistern der Ostfriesischen Inseln am 06.02.2019 beim Umweltministerium in Hannover. Die Gespräche seien gut verlaufen. Man habe sich auf ein halbjährliches Treffen verständigt, mit der Absicht strittige Punkte zukünftig im Dialog zu klären. Bei den Treffen sei die Anwesenheit des Ministers und aller Bürgermeister aber nicht jedesmal erforderlich. Die Kooperationsvereinbarung wird dem Rat zur Kenntnis gegeben.

Der Rat nimmt die Kooperationsvereinbarung der Ostfriesischen Inseln GmbH mit der Nationalparkverwaltung zustimmend zur Kenntnis. Der Weg des Dialogs ist der richtige Weg zum Ausgleich der unterschiedlichen Interessen zwischen Naturschutz und menschlicher Nutzung des Inselraums. Dabei besteht Übereinstimmung, dass es auf der Insel unterschiedliche Vorranggebiete gibt.

**Zu Punkt 11: Antrag auf Verbot des Silvesterfeuerwerks auf Langeoog
Antragsteller: Jochen Voß
(s. Vorlage Nr. VO19-010)**

Ratsherr Voß sieht aufgrund der rechtlichen Schwierigkeiten den Beschlussvorschlag als richtig an. Gäste und Insulaner müssten sensibilisiert werden zukünftig auf das Silvesterfeuerwerk zu verzichten.

Bürgermeister Garrels befürchtet, dass sich nicht jeder an das Gebot halten wird. Es sei aber der richtige Weg darauf hinzuwirken.

Der Rat beschließt einstimmig für das Jahr 2019 und folgende Jahre zum Verzicht auf das Abbrennen von Feuerwerkskörpern aufzurufen und stattdessen als bewussten Gegensatz zu den Silvesterfeuerwerken in den Städten die gastronomischen Betriebe und die Bürger zu einer „ruhigen insularen Begrüßung des neuen Jahres“ aufzurufen.

Zu Punkt 12: Auftragsvergabe landschaftsgärtnerische Arbeiten Neugestaltung Rathauspark
(s. Vorlage Nr. VO19-011)

Ratsherr Börgmann äußert, dass er die geplante Kostenübernahme durch den Tourismus-Service nicht verstehe. Für ihn sei der Park Gemeindeangelegenheit. Man kenne die wirtschaftliche Situation des Tourismus-Service nicht.

Bürgermeister Garrels weist darauf hin, dass die Angelegenheit immer im Betriebsausschuss erörtert wurde. Die Anlage würde nahezu ausschließlich touristisch genutzt. Die öffentlichen Parks würden für die touristische Nutzung vorgehalten. Das gelte auch für diesen Park. Er verweist auf die durch den Rat gewünschte Nutzung für Veranstaltungen und die dafür geplanten Anschlüsse an Wasser und Strom. Auch diese Veranstaltungen würden der touristischen Nutzung unterliegen. Die Gemeinde zahle lediglich die Straßenbaumaßnahmen. Er verweist auf die Bruttogesamtkosten von netto 257 T €, einschließlich Straße, davon würden € 100.000,00 Fördergelder vom Wattenmeerachter übernommen. Der Rat habe die Ausschreibung seinerzeit beschlossen. Er halte es für schwierig, wenn jetzt keine Auftragsvergabe erfolge. Zudem verweist er auf die städtebauliche Aufwertung durch den Park. Die Maßnahme sei strukturpolitisch sinnvoll.

Ratsherr Kuper verweist auf seine bisher geäußerte Meinung, dass anstelle des Parks eine Wiese ausreichend sei. Er bleibe dabei.

Stv. Bürgermeister Janssen erklärt, dass er die Neugestaltung des Parks grundsätzlich begrüßen würde. Bei der Ausschreibung sei aber die Situation des Tourismus-Service nicht bekannt gewesen. Jetzt solle der Park nach Fertigstellung dem Tourismus-Service übertragen werden. Man wisse nicht, ob der Tourismus-Service die finanziellen Mittel dafür habe.

Stv. Bürgermeister Kämper verweist auf die jährlichen Kosten für die Parkpflege in Höhe von € 180.000,00, die der Tourismus-Service an die Gemeinde zahle. Außerdem pachte der Tourismus-Service im Rathaus Flächen an, obwohl in den eigenen Häusern freie Kapazitäten vorhanden seien. Dies belaste den Haushalt des Tourismus-Service. Die Fremdenverkehrsabgabe, und somit der Beitragszahler, müsse dies dann ausgleichen.

Ratsherr Uecker verweist auf die fehlenden Fahrradabstellplätze. Es wäre sinnvoll den Park hierfür zu nutzen. In der Konzeption fehle ihm dies.

Ratsherr Voß stellt den Antrag das Gelände im Besitz der Gemeinde zu belassen und den Parkausbau wie vorgeschlagen durchzuführen.

Bürgermeister Garrels erläutert, dass die Parkpflege grundsätzlich Aufgabe des Tourismus-Service sei und dort auch verbleibe. Über die Abrechnung der Kosten könne man reden. Den Park in das Eigentum des Tourismus-Service zu übertragen, hätte den Vorteil, dass auch das Vermögen des Tourismus-Service steige. Er erläutert die touristische Nutzung der Parks und den damit verbundenen Gästebeitrag.

Kämmerin Baller erläutert, dass bei der Beurteilung, wer die Maßnahme finanzieren sollte, entscheidend sei, ob sie touristischen oder gemeindlichen Zwecken diene. Da die Parkanlagen überwiegend touristisch genutzt würden, sei es sachgerecht, diese durch den Tourismus-Service und damit auch zum Teil über Gästebeiträge zu finanzieren. Die finanzielle Lage der Gemeinde sei ebenfalls stark angespannt durch die hohen Verlustübernahmen in der Vergangenheit und der Investitionsstau sei beträchtlich.

Einnahmen der Gemeinde würden im Wesentlichen aus Steuern generiert. Sollte der Park über den Gemeindehaushalt finanziert werden, müssten diese zur Finanzierung ggfs. erhöht werden. Bezüglich des Unterhaltungsaufwandes müsse darüber diskutiert werden, ob es möglich sei, den Pflegestandard künftig zu senken.

Allgemeiner Vertreter Heimes erläutert anhand einer Zeichnung die vorgesehen Flächen des Parks und am Rathaus. Hier würden deutlich mehr Fahrradabstellplätze entstehen als bisher.

Ratsherr Voß stellt erneut den Antrag, den Park im Besitz der Gemeinde zu belassen und die geplante Maßnahme wie geplant durchzuführen und über die Gemeinde zu finanzieren.

Stv. Bürgermeister Janssen stellt den Antrag die Angelegenheit wegen weiteren Beratungsbedarfs zurück an den Betriebsausschuss zu verweisen.

Ratsherr Voß zieht seinen Antrag zurück.

Allgemeiner Vertreter Heimes verweist auf die Preisbindung bis nach der Ratssitzung. Diese müsse er klären. Zudem sei eine Herstellung des Parks vor Ostern somit nicht mehr umsetzbar.

Der Rat beschließt mit 8 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen die Angelegenheit wegen weiteren Beratungsbedarfs zurück an den Betriebsausschuss zu verweisen.

**Zu Punkt 13: Ausbildung künftiger Fahrer von Lösch- und Einsatzfahrzeugen der Freiwilligen Feuerwehr
(s. Vorlage Nr. VO19-019)**

Der Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

**Zu Punkt 14: Bürgermeisterwahl 2019
(s. Vorlage Nr. VO19-020)**

Der Rat beschließt mit 9 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme den allgemeinen Stellvertreter des Bürgermeisters, Herrn Ralf Heimes, zum Wahlleiter für die Wahl der/des Hauptverwaltungsbeamtin/Hauptverwaltungsbeamten zu berufen.

**Zu Punkt 15: Vergabe der Jahresabschlussprüfung zum 31.12.2018 der Eigenbetriebe Tourismus-Service und Schifffahrt Langeoog sowie der steuerlichen Ermittlungen
(s. Vorlage Nr. VO19-022)**

Ratsherr Kuper fragt nach der Prüfung der Oskar-Kreuder-Stiftung. Er gehe davon aus, dass hier die Arthur-Rose-Stiftung gemeint sei.

Bürgermeister Garrels antwortet, dass die Arthur-Rose-Stiftung zur Schifffahrt gehöre.

Kämmerin Baller erläutert die Zugehörigkeit der Oskar-Kreuder-Stiftung (Spielplatz) zur Gemeinde. Hier erfolge die jährliche Prüfung über das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises.

Ratsherr Kuper äußert seine Unzufriedenheit mit der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und verweist auf die Zuordnung von Personalkosten als Wartungskosten im letzten Jahr.

Ratsherr Piekarski bittet in dem Zusammenhang die Summe der Reisekosten vom Vorjahr mitzuteilen.

Allgemeiner Vertreter Heimes sagt eine Mitteilung zu.

Ratsherr Uecker teilt mit, dass er gegen den Beschlussvorschlag stimmen werde, da ihm eine Alternative fehle.

Der Rat beschließt mit 7 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung die Vergabe der Prüfung der Jahresabschlüsse zum 31.12.2018 der Eigenbetriebe Tourismus-Service Langeoog und Schifffahrt der Inselgemeinde Langeoog sowie die steuerlichen Ergebnisermittlungen an die Fides Treuhand GmbH & Co.KG, Bremen

**Zu Punkt 16: Weiteres Vorgehen Interessenbekundungsverfahren
hier: Antrag SPD Fraktion vom 25.01.2019 auf Aufhebung des Interessenbekundungsverfahrens HDI/KWC
(s. Vorlage Nr. VO19-023)**

Ratsherr Börgmann bringt vor, dass die SPD den Antrag gestellt habe, das Interessenbekundungsverfahren aufzuheben. Als Begründung nennt er, dass dies nicht den Wünschen der Bürger entspreche und das Gebäude für die Bürger erhalten bleiben soll.

Stv. Bürgermeister Janssen verweist auf das im Jahr 2014 aufgehobene erste Interessenbekundungsverfahren und den Entschuldungsvertrag mit dem Land. Im Jahr 2017 sei das zweite Verfahren angeschoben worden. Diesmal mit der Verwertung von Haus der Insel und Kur- und Wellnesscenter. Auf dem Gelände müsse eine zukunftsorientierte und inseltypische Lösung gefunden werden. Der Bürgermeister habe jedoch seinen persönlichen Favoriten durchsetzen wollen. Der Rat habe sich unter Druck gesetzt gefühlt. Er verweist auf ein Brandschutzgutachten und die darin geforderten Maßnahmen um das Haus wieder sicher zu betreiben. Das Interessenbekundungsverfahren werde er nicht weiter mitgehen. Er persönlich sehe das Verfahren als gescheitert seit der Aussage von Bürgermeister Garrels, er sei einziger Verhandlungspartner. Nach Meinung von Stv. Bürgermeister Janssen dürfe der Bürgermeister keine Politik machen, sondern müsse die Beschlüsse des Rates mit der Verwaltung umsetzen. Er verweist auf die angespannte Lage zwischen Rat und Bürgermeister.

Stv. Bürgermeister Kämper schließt sich den Ausführungen an. Fehler sei gewesen, dass bei dem Interessenbekundungsverfahren der Rat und die Bürger in die Entscheidungsprozesse nicht eingebunden gewesen seien. Man sei vor vollendete Tatsachen gestellt worden. Lediglich der Bürgermeister und der Tourismusmanager hätten Verhandlungen geführt. Der Rat sei über die Verhandlungen nicht informiert gewesen. Bei solchen Projekten können nur der Rat und die Bürger entscheiden. Die CDU-Fraktion werde dem Antrag der SPD zustimmen. Er sehe jedoch, dass eine Entwicklung des Geländes notwendig sei.

Ratsherr Streitbörgger ist der Meinung, dass ein Verkauf an Landal GreenPark zu große Konkurrenz gegenüber dem Langeooger Kleinvermieter darstelle. Ferner sehe er bei solchen Ketten nicht die Service-Qualität, wie die der Insulaner. Auch der demographische Wandel dürfe nicht außer Betracht bleiben. Low-Budget-Hotels würden den Markt der Kleinvermieter angreifen.

Bürgermeister Garrels kann die Argumente nicht unterstützen. Er sehe hier lediglich die Abwehr von Konkurrenz. Er führt aus, dass das Projekt nicht den Sommer verstärken solle, sondern die Angebote außerhalb der Saison auf einer Fläche, die dringend neu entwickelt werden müsse. Das Projekt müsse selbstverständlich zu Langeoog passen. Er unterstreicht, dass der Rat in allem mitgenommen wurde. Bei dem Beschluss gehe es lediglich um den Verhandlungsauftrag. Auch hier sei der Rat integriert gewesen. Bürgermeister Garrels bemerkt, dass er kein politisches Neutrum sei, sondern Mitglied des Rates und eine eigene Meinung habe und diese auch vertrete. Er müsse am Ende die Beschlüsse des Rates vertreten. Er habe kein Ratsmitglied unter Druck gesetzt. Die Ratsmitglieder hätten die Pflicht, ihre Meinung kund zu tun. Das jetzige Haus der Insel sei nicht zukunftsfähig und entspreche nicht der heutigen Veranstaltungstechnik. Er wolle für die Insulaner ein viel besseres Haus der Insel. Seit vielen Jahren falle hier keine Entscheidung.

Ratsherr Voß stimmt den Ausführungen des Bürgermeisters zu. Er werde gegen den Beschlussvorschlag der SPD stimmen. Es habe sich nur ein kleiner Teil der Bürger geäußert. Er verweist auf den Werdegang und die viele Arbeit in Ausschüssen und Gesprächen mit Experten. Es habe bis zum September eine deutliche Mehrheit für die Aufnahme von Verhandlungen gegeben und um mehr gehe es bis jetzt nicht. Er sehe das jetzige Haus der Insel als Ruine, das von den Insulanern gar nicht genutzt werde. Er befürchte, dass das Haus in gleichem Zustand auch in 10 Jahren noch so dastehe.

Ratsherr Kuper verweist auf den Verkauf des Kinderspielhauses als Verwertung für das letzte Interessenbekundungsverfahren. Es soll nicht noch ein Gebäude verkauft werden. Der Bürgermeister habe die Verhandlungen ohne den Rat führen wollen. Eine Aufhebung ohne Alternative sei jedoch unglücklich.

Stv. Bürgermeister Kämper sieht das Problem darin, dass der Rat vor vollendete Tatsachen gestellt wurde. Die angebotenen Projekte seien für Langeoog zu groß. Er habe mit dem Bürgermeister über eventuelle Verkleinerungen gesprochen. Dies habe Bürgermeister Garrels nicht so gesehen.

Stv. Bürgermeister Janssen sieht die Schuld am Zustand des Haus der Insel bei der Verwaltung. Er führt aus, dass für die eigene Entwicklung ein funktionierendes Haus der Insel im eigenen Besitz benötigt werde. Landal GreenPark hätte nur einen für das eigene Konzept angepassten Veranstaltungsraum angeboten. Außerdem habe man bis kurz vor der Entscheidung nicht gewusst, wer der Verhandlungspartner sei. Von Bund und Land gäbe es aktuell Fördermittel für die Sanierung kommunaler Liegenschaften. Diese sollten geprüft werden.

Bürgermeister Garrels stellt richtig, dass die geführten Gespräche mit Interessenten dazu gedient haben, das Exposé zu erläutern. Es seien Informationsgespräche gewesen und keine Verhandlungen. Der Rat hätte mit einer Person an den Verhandlungen teilnehmen können. Verhandlungsführer sei nach dem Kommunalverfassungsrecht der Bürgermeister als Vertreter der Gemeinde. Er würde einen Abbruch des Verfahrens sehr bedauern und hoffe im Gegenzug auf andere Angebote für die Entwicklung der Liegenschaft.

Ratsherr Uecker kann die Argumente beider Seiten verstehen. Fakt sei aber, dass in bester Lage ein Unternehmen aus sich raus alles anbieten würde und Langeoog nicht beteiligt sei. Das Unbehagen bei Rat und Bürgern sei sehr groß. Es sei wichtig, dass der Rat in sich gehe, um eine positive Entwicklung der Insel nicht zu gefährden.

Ratsherr Voß äußert, dass mit dem neuen Projekt auch anderes Publikum auf die Insel kommen würde. Seiner Meinung nach, gäbe es keine bessere Idee.

Der Rat beschließt mit 7 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung die Aufhebung des Interessenbekundungsverfahrens HDI/KWC.

Ratsvorsitzender Adelmund teilt mit, dass er unter Punkt 27 einen Antrag verlesen und der Verwaltung übergeben werde, wie nach der Aufhebung des Interessenbekundungsverfahrens weiter verfahren werden soll.

Zu Punkt 17: Wiederherstellung und Anhebung der Straße Kavalierpad vor dem Hotel Sandburg
(s. Vorlage Nr. VO19-024)

Ratsherr Piekarski möchte wissen, wie aus einer nichtöffentlichen Sitzung Informationen an Herrn Schreiber rangetragen werden konnten.

Bürgermeister Garrels teilt mit, dass er Herrn Schreiber im Zusammenhang mit dem Pooltransport über die Tendenz der Ablehnung bezüglich der Anhebung der Straße informiert habe. Selbstverständlich sei der Verwaltungsausschuss vertraulich und es würde kein Diskussionsverlauf bzw. Abstimmungsergebnisse mitgeteilt. Die an Herrn Schreiber gesandte E-Mail habe er dem Verwaltungsausschuss in der vor der Ratssitzung durchgeführten Sitzung vorgelesen.

Ratsherr Kuper wendet ein, dass die Anhebung des Straßenverlaufs schon länger im Gespräch gewesen sei. Das Erdgeschoss hätte bodeneben und der Keller schon zu Baubeginn tiefer errichtet werden müssen.

Bürgermeister Garrels erklärt, dass dies so nicht richtig sei. Die Höhe des Fußbodens des ehemaligen Spielhauses war als Oberkante Vorgabe. Man habe kein viertes Geschoss haben wollen. Die Straße müsse nun wieder hergestellt werden.

Ratsherr Börgmann bringt vor, dass die Höherlegung der Straße nur für Herrn Schreiber aufgrund der Barrierefreiheit wichtig sei. Herr Schreiber müsse dies auf seinem eigenen Grundstück vornehmen. Die Kindertagesstätte liege tiefer und das Wasser würde diesen und den darunter liegenden Kriechkeller gefährden.

Der Rat beschließt mit 9 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung die Höherlegung des Straßenverlaufs Kavalierpad vor dem Hotel Sandburg grundsätzlich abzulehnen.

Zu Punkt 18: Antrag Bündnis 90/Die Grünen zur Beschaffung von Produkten durch die Gemeinde aus dem fairen Handel
(s. Vorlage Nr. VO19-026)

Ratsherr Piekarski erläutert seinen Antrag.

Der Rat beschließt einstimmig den Antrag zur Beschaffung von Produkten durch die Gemeinde aus dem fairen Handel an den Betriebsausschuss zu verweisen.

**Zu Punkt 19: Antrag Ron Piekarski auf finanziellen Ausgleich der Co2-Emissionen der Schifffahrt
(s. Vorlage Nr. VO19-027)**

Der Rat beschließt einstimmig den Antrag auf freiwilligen finanziellen Ausgleich der CO²-Emissionen der Schifffahrt Langeoog an den Betriebsausschuss zu verweisen.

**Zu Punkt 20: Antrag Ron Piekarski auf Einführung eines digitalen Informationssystem für Ratsmitglieder
(s. Vorlage Nr. VO19-028)**

Ratsherr Kuper verweist auf die Diskussion zum Rathauspark und die touristische Nutzung. Seiner Meinung nach müsse die Einführung eines digitalen Informationssystems dann nur im Rat beschlossen werden.

Bürgermeister Garrels erläutert die Geschäftsordnung und warum Anträge den Ausschüssen zugeordnet werden sollten.

Ratsherr Voß äußert Bedenken bezüglich umfangreicher Dateien. Diese könne er nicht alle ausdrucken. Er bittet darum die Ratsunterlagen weiterhin in Papierform zu erhalten.

Der Rat beschließt einstimmig den Antrag des Ratsmitglieds Ron Piekarski an den Betriebsausschuss zu verweisen.

**Zu Punkt 21: Antrag Dr. Hübener auf Zuweisung von Räumlichkeiten im Schwimmbad und Gleichstellung mit den anderen Ärzten bei der Praxismiete
(s. Vorlage Nr. VO19-029)**

Der Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

**Zu Punkt 22: Information zum Stand Ausschreibung Brückenanlagen in Langeoog und Bengersiel
(s. Vorlage Nr. VO19-030)**

Bürgermeister Garrels erläutert den Sachverhalt und die Gründe für die Kostensteigerung.

Stv. Bürgermeister Janssen verweist auf die abgängigen Maschinenteile. Die Brückenanlagen müssten jetzt erneuert werden. Ferner müssen in Bengersiel das Pflaster und das Brückenhaus erneuert werden. Er habe mit dem Chefkapitän zudem über die Trennung der an- und abreisenden Gäste gesprochen. Er schlägt eine Ortsbegehung durch den Betriebsausschuss in Bengersiel vor. Die betroffenen Mitarbeiter sollen einbezogen werden.

Der Rat beschließt mit 9 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung die Information zur Kenntnis zu nehmen und die Planungen fortzuführen.

**Zu Punkt 23: Verfahren zum Antrag auf öffentliche Ausschreibung der Verpachtung des Verkehrslandesplatzes auf Langeoog
(s. Vorlage Nr. VO19-031)**

Ratsherr Piekarski stellt den Antrag, die Angelegenheit an den Verwaltungsausschuss zu verweisen.

Bürgermeister Garrels erklärt, dass der Verwaltungsausschuss und der Rat Pflicht seien. Die Ausschüsse dienen der Beratung und Transparenz zum Thema.

Ratsherr Piekarski zieht seinen Antrag zurück.

Der Rat beschließt mit einstimmig den Antrag auf Ausschreibung der Verpachtung des Langeooger Verkehrslandeplatzes an den Betriebsausschuss zu verweisen.

**Zu Punkt 24: Änderung des Ratsbeschlusses zur Festsetzung des Wahltermins für die Bürgermeisterwahl 2019
(s. Vorlage Nr. VO19-032)**

Der Rat beschließt mit 8 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen den Ratsbeschluss vom 16.10.2018 zur Festlegung des Termins für die Bürgermeisterwahl 2019 aufzuheben.

**Zu Punkt 25: Neufestsetzung Termin für die Bürgermeisterwahl 2019
(s. Vorlage Nr. VO19-033)**

Der Rat beschließt mit 8 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen den Wahltag der Bürgermeisterin / des Bürgermeisters zu ändern und neu auf den 16.06.2019 festzulegen.

Zu Punkt 26: Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Entfällt.

Zu Punkt 27: Anträge und Anfragen

- a) Ratsvorsitzender Adelmund übergibt den Vorsitz an Stv. Bürgermeister Janssen.

Ratsvorsitzender Adelmund verliest einen Antrag der Ratsabgeordneten. Der Antrag ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Ratsvorsitzender Adelmund übernimmt den Vorsitz zurück.

- b) Ratsherr Kuper verweist auf die gefälltten Bäume und die Grabenreinigung an der Fritz-Reuter-Straße. Das Grundstück gehöre nicht der Gemeinde.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, dass die Gemeinde Pächter des Grundstücks sei. Das Grundstück sei kostenlos gegen Pflege überlassen.

Bürgermeister Garrels ergänzt die Ausführung, dass Bäume aus dem Grabenbereich entfernt wurden um die Entwässerungsstruktur sicher zu stellen.

Ratsherr Kuper äußert seine Verwunderung. Bei der Bekanntmachung zur Grabenschau sei der Eigentümer aufgefordert für die Entwässerung Sorge zu tragen.

- c) Stv. Bürgermeister Janssen stellt den Antrag, die Verwaltung zu beauftragen bis zur kommenden Woche für den Fördertopf für die Sanierung kommunaler Liegenschaften die Ausschöpfung aller Fördermöglichkeiten zu prüfen.

Zu Punkt 28: Einwohnerfragestunde

Heiko Barenthin

Herr Barenthin fragt, ob der Transport für den Pool des Hotels „Sandburg“ genehmigungspflichtig sei.

Bürgermeister Garrels bejaht die Frage. Die Angelegenheit sei beantragt und im Verwaltungsausschuss beraten worden. Die Zustimmung für den Transport erfolge nur unter der Maßgabe, dass die Straße keine Schäden nehme bzw. im Fall von Schäden, diese vom Bauherrn übernommen werden. Hinzu kommen zwei Kräne für den Transport. Diese haben ein sehr hohes Gewicht. Bürgermeister Garrels erklärt, dass die Strecke per Video abgefilmt werde. Besonders detaillierte Dokumentation erfolge in den Kurvenverläufen.

Sven Klette

Herr Klette möchte wissen, ob bei der Neugestaltung des Parks über eine Befestigung des Platzes als multifunktionaler Platz nachgedacht wurde.

Allgemeiner Vertreter Heimes verweist darauf, dass der Punkt im nächsten Betriebsausschuss beraten werde und dort angesprochen werden könne.

Katja Prester

Frau Prester möchte wissen, was mit dem Bauschuttbladeplatz an der Tennishalle und mit der Tennishalle in Zukunft angedacht sei. Ferner verweist sie auf die blinden Scheiben des Freizeit- und Erlebnisbades Richtung Strandhalle.

Bürgermeister Garrels antwortet, dass die alten Tennisplätze zurzeit als Zwischenlager dienen und wieder geräumt werden. Die Scheiben im Schwimmbad würden getauscht, wenn die Finanzierung gesichert sei. Das Konzept zur Tennishalle sei noch nicht abschließend beraten und Gegenstand der Entwicklung des Tourismus-Service. Die Angelegenheit sei im Tourismus-Service zu klären.

Katja Prester

Frau Prester weist darauf hin, dass die Straßenbeleuchtung in der Willrath-Dreesen-Straße ab Höhe Elektro Richter defekt sei. Zum einen seien Leuchten kaputt, zum anderen sei die Anzahl der Straßenlaternen zu gering.

Bürgermeister Garrels wird die Angelegenheit prüfen.

Dieter Kapfermann

Herr Kapfermann verweist auf den Transport des Hotel-Pools. Er erinnert an die Anlieferung eines Heizkessel für das Kur- und Wellnesscenter. Hier habe seinerzeit am Hospizplatz ein Umladung erfolgen müssen, warum werde jetzt anders vorgegangen. Außerdem verweist er auf den Neubau „Anna Düne“. Die Gartenstraße habe durch die Bautransporte erheblichen Schaden genommen. Diese wurden nicht wieder behoben.

Bürgermeister Garrels verweist auf den bauvorhabenbezogenen Bebauungsplan für das Hotel „Sandburg“. Die Ausnahmen erfolgen unter ganz bestimmten Bedingungen.

Beate Krüger

Frau Krüger verweist auf die unzulängliche Beleuchtung der Baustelle im Vormann-Otten-Weg und bittet Abhilfe zu schaffen.

Bürgermeister Garrels sagt eine Klärung zu.

Adda Fischer

Frau Fischer möchte wissen, ob die Möglichkeit von Erbbaugrundstücken für bauwillige Insulaner weiter verfolgt oder zu den Akten gelegt sei.

Bürgermeister Garrels erklärt, dass die Kommune zurzeit über eigene Flächen verfüge. Auf dem Gelände der Wohnungsbaugenossenschaft soll das restliche Gelände für den arbeitgeberunabhängigen Wohnungsbau genutzt werden.

Manfred Lau

Herr Lau verweist ebenfalls auf den Transport des Hotel-Pools und macht darauf aufmerksam, dass der Kavaliertpad keinen Unterbau habe. Er fragt nach der Strecke vom Hafen. Die Kirchstraße habe seinerzeit bei den Transporten für den Hotelbau Spies erheblichen Schaden genommen.

Ingeborg Schmauch

Frau Schmauch fragt nach, wie ein Bauherr seine Baumaterialien sichern müsse, damit keine Umweltverschmutzung entstehe. Sie fragt, ob sie den Fall anzeigen müsse.

Bürgermeister Garrels bittet den Fall zur Anzeige zu bringen.

Frau Fischer bringt vor, dass am Hotel Sandburg Styroporkugeln und Plastik in den Dünen lägen.

Bürgermeister Garrels dankt für den Hinweis.

Christa Franz

Frau Franz verweist auf den die Diskussionen zum Hotel Sandburg. Der barrierefreie Eingang und der Pool-Transport können und sollten von der Gemeinde nicht genehmigt werden. Sie gibt die Straßenschäden durch die Transporte zum Neubau „Anna Düne“ zu bedenken. Es habe keine Gewichtskontrolle der Baufahrzeuge stattgefunden.

Bürgermeister Garrels verweist auf den Ratsbeschluss für das vorgelegte Konzept. Dieser müsse umgesetzt werden, daher würde auch der Pool-Transport erfolgen müssen. Im Rahmen des Hotelneubaus „Anna Düne“ seien regelmäßig Fahrzeuge kontrolliert und stillgelegt worden.

Bärbel Kraus

Frau Kraus fragt den Allgemeinen Vertreter Heimes nach der möglichen Sportförderung. Sie verweist auf die Strafzahlung von VW. In diesem Jahr würden 13 Mio. Euro für Sportförderungen verteilt. Bündnis 90/Die Grünen hatte diesbezüglich einen Antrag gestellt. Im Vorrang sollten die Tennishalle oder das Sportzentrum stehen. In der letzten Sitzung hatte Herr Heimes aber Kosten für die Turnhalle vorgetragen. Ihrer Meinung nach sollte zunächst das Sportzentrum bedacht werden.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, dass die Planungen vom Haushalt abhängig seien. Er habe in der letzten Sitzung die Fördermöglichkeiten aus dem kommunalen Investitionsprogrammen KIP I und KIP II erläutert, die für eine Teilsanierung der Turnhalle eingesetzt werden sollen. Hierzu fehlt derzeit noch eine Rückmeldung vom Land. Das Projekt habe ein Gesamtvolumen von 170 T € bei einem Eigenanteil von 20 T € für die Sanitärbereiche und die nördliche Wand der Herrenumkleide. Für die angekündigten Fördermöglichkeiten aus VW-Mitteln gibt es noch keine Förderrichtlinien. Diese folgen voraussichtlich Ende März. Der Rat müsse im Rahmen der Haushaltsplanungen beschließen, welche Förderungen und in welchem Maße Investitionen möglich sind.

Frau Kraus entschuldigt sich in diesem Zusammenhang bei Frau Heimes. Frau Kraus habe in der letzten Sitzung gefragt, ob der Bürgermeister das Schreiben des Bündnis 90 erhalten. Sie habe sich schlecht ausgedrückt und dadurch den Anschein erweckt Frau Heimes würde eingehende Schreiben nicht weiterleiten.

Hans-Hermann Otten

Herr Otten erkundigt sich nach dem Leuchtturm-Projekt von Herrn Ingo Damaschke.

Bürgermeister Garrels teilt mit, dass ihm kein aktueller Sachstand vorliege.

Herr Siebels meldet sich zu Wort. Herr Damaschke habe für den Bau des Leuchtturms alles fertig. Die Umsetzung scheitere bis jetzt aber an der fehlenden Genehmigung der unteren Naturschutzbehörde.


Ratsherr Voß bittet die Sitzungsleitung darauf zu achten, dass in der Einwohnerfragestunden Fragen gestellt und keine Monologe geführt werden.

Zu Punkt 29: Schließung der Sitzung

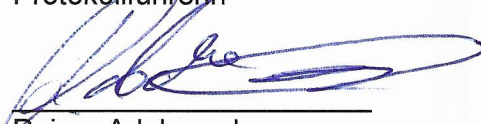
Ende: 21.30 Uhr



Uwe Garrels
Bürgermeister



Katja Heimes
Protokollführerin



Rainer Adelmund
Ratsvorsitzender

In der Ratssitzung vom 21.12.18 war durch die Ratsabgeordneten angekündigt worden, eine Strafanzeige gegen Herrn Bürgermeister Uwe Garrels wegen des Verdachts der Untreue zu stellen. Die Strafanzeige sollte unabhängige Ermittlungen der Staatsanwaltschaft über das finanzielle Gebaren der Verwaltung, insbesondere des früheren Tourismusmanagers und des Bürgermeisters selbst auslösen. Seit Monaten hat der Rat um Aufklärung dieser Vorgänge gebeten, ohne das dieser Bitte in ausreichendem Maße nachgekommen wäre. Es ist derzeit für die Ratsabgeordneten nicht absehbar, welche erheblichen finanziellen Forderungen auf die Gemeinde noch zukommen können und welche hiervon zu Unrecht geltend gemacht werden.

Zwar ist das Anstellungsverhältnis mit dem ehemaligen Tourismusmanager beendet worden, doch hat dieses nicht zur Aufklärung der vielen Unregelmäßigkeiten geführt. Nach wie vor ist für die Ratsabgeordneten nicht zu erkennen, ob neben amtspflichtwidrigem Verhalten auch Straftatbestände erfüllt sind. Aus diesem Grunde war und ist ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren unumgänglich.

Mit der durch den Bürgermeister zum Jahresende 2018 nunmehr selbst erhobenen Strafanzeige bzw. Antrags auf Einleitung strafrechtlicher Ermittlungen, die zwischenzeitlich bei der für die Korruptionsbekämpfung zuständigen Staatsanwaltschaft Osnabrück anhängig ist, werden nunmehr aus Sicht der Ratsabgeordneten notwendigen Ermittlungen

durch eine unabhängige Behörde durchgeführt. Der Bürgermeister ist daher der Strafanzeige aus der Mitte der Ratsabgeordneten zuvorgekommen.

Wir gehen davon aus, dass die Staatsanwaltschaft Osnabrück alle belastenden und entlastenden Tatsachen für und gegen alle in Betracht kommenden Personen ermittelt und hierbei auch die Handlungen und Unterlassungen des Bürgermeisters selbst überprüft. Da der Straftatbestand der Untreue ein Officialdelikt ist, bedarf es für die Durchführung des Ermittlungsverfahrens keines zusätzlichen Strafantrages.

Langeoog den 06.02.2019

Die Ratsabgeordneten

Antrag der Ratsabgeordneten

Die ehrenamtlichen Mitglieder des Rates der Inselgemeinde Langeoog beauftragen die Verwaltung umgehend einen Entwurf zur Aufstellung eines Bebauungsplanes, keinen vorhabenbezogenen Bebauungsplan, des alten KWC Gebäude/Gelände erstellen zu lassen.

Die Kennzahlen, d.h. Grund und Geschossflächenzahl, First und Traufhöhe, sind so anzulegen, das dort ein Hotel(Tagungshotel) mit +/- 45 Doppelzimmer plus Frühstücksgastronomie entstehen kann.

In den Festsetzungen ist Hotelgrundstück aufzunehmen.

Das Grundstück/Gebäude ist gegen Gebot und Konzept auszuschreiben.

Auf ein externes Bewertungsgremium wird verzichtet.

Der Verkaufserlös soll zur Modernisierung und Neustrukturierung des HDI eingesetzt werden.

Dazu wird die Verwaltung beauftragt, umgehend ein Konzept erstellen zu lassen, mit mindestens folgenden Vorgaben:

Multifunktionssaal (150 bis max. 450 Pers.), kleine Gastronomie, ev. Shops zur Vermietung, Schifffahrtsmuseum, optische Anpassung an das Familien und Freizeitbad.

Für diese Entwurfsplanung sind dem Rat mögliche Architekten vorzuschlagen.

The image shows several handwritten signatures in black ink. One signature is clearly legible as 'U. Daitzinger'. Other signatures are more stylized and difficult to read. The signatures are arranged in two rows, with some overlapping.